

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Die Linke

Verkauf der bundeseigenen Grundstücke Stallschreiberstraße zum Höchstpreis im Bundesrat verhindern

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich im Bundesrat gegen die Veräußerung der Grundstücke Stallschreiberstraße 17-32 (ausgenommen Nr. 26) und 3/8 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Stallschreiberstraße 23, 23A in 10179 Berlin-Mitte durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) zum Höchstpreis auszusprechen und sich dafür einzusetzen, dass die Baugrundstücke an eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft verkauft werden.

Begründung:

Durch den Verkauf der Grundstücke zum Höchstpreis an den privaten Investor Format, von dem die städtische HOWOGE dann 110 fertiggestellte Wohnungen abkaufen und als Sozialwohnungen vermieten soll, muss das Land Berlin doppelt bezahlen:

Erstens muss Format den hohen Kaufpreis der Grundstücke refinanzieren, was sich in dem Kaufpreis für die HOWOGE widerspiegeln wird. Das führt dazu, dass die Mieten in den städtischen Wohnungen noch stärker subventioniert werden müssen.

Zweitens entstehen rund 350 weitere hochpreisige Wohnungen auf den Grundstücken, die nicht als günstiger Wohnraum zur Verfügung stehen. Indirekt entstehen dem Land Berlin hohe Folgekosten, wenn es andere Grundstücke erwerben und erschließen muss, um preisgünstige Wohnungen zu bauen.

In Anbetracht von 19 Milliarden Euro Überschuss im Bundeshaushalt und dem dringenden Bedarf schnell und günstig Wohnungen zu bauen, muss der Verkauf an Format gestoppt und diese Grundstücke für bedarfsgerechten Wohnungsbau genutzt werden.

Berlin, den 03. März 2016

U. Wolf Bluhm Lompscher
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke